

Agenda 2030 kommunal

Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden

von Jens Martens

Die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in und durch Deutschland ist nicht ausschließlich eine Bundesangelegenheit. Auch den Städten und Kommunen kommt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Agenda zu. Viele haben inzwischen Diskussionsprozesse zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene eingeleitet. Mehr als 60 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden, haben bisher eine Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für Nachhaltige

Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet. In Nordrhein-Westfalen haben 15 Städte und Kreise, darunter Köln, Dortmund und Bonn, beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterzubrechen“ und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Dabei muss das Rad keinesfalls neu erfunden werden. Vielmehr können Prozesse zur Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene auf bestehenden Initiativen und Institutionen aufbauen und diese neu beleben.

Städte in der Agenda 2030

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Die Vereinten Nationen schätzen, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung bis zur Mitte des Jahrhunderts sogar auf fast 70 Prozent steigen wird.¹

Allein bis zum Jahr 2030 wird die städtische Bevölkerung weltweit um 1,1 Milliarden Menschen wachsen. Das entspricht 1.000 zusätzlichen Millionenstädten in der Größe von Köln. In den kommenden zwölf Jahren müssen für diese Menschen zusätzliche Wohnungen und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und die entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. Gleichzeitig muss die bereits bestehende Infrastruktur der Städte nachhaltiger gestaltet werden. Schon heute wird in Städten rund 70 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, es werden aber auch 70 Prozent der Treibhausgase und des Abfalls produziert.

Vor diesem Hintergrund hatte das Hochrangige Panel der UN zur Agenda 2030 bereits in seinem Bericht 2013 festgestellt: „Der Kampf um nachhaltige Entwicklung wird in den Städten gewonnen oder verloren.“²

Es war daher nur konsequent, dass sich die Regierungen in der Agenda 2030 an verschiedenen Stellen mit der wichtigen Rolle von Städten und Kommunen befassen. So stellen sie fest:

„Wir sind uns dessen bewusst, dass eine nachhaltige Stadtentwicklung und ein nachhaltiges Stadtmanagement von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität unserer Bevölkerung sind. Wir werden mit den lokalen Behörden und Gemeinwesen bei der Erneuerung und Planung unserer Städte und Siedlungen zusammenarbeiten, um den Zusammenhalt der Gemeinwesen und die persönliche Sicherheit zu fördern und Innovation und Beschäftigung anzuregen.“³

¹ Vgl. <http://esa.un.org/unpd/wup/CD-ROM/>.

² UN High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda (2013), S. 17.

³ Vgl. Vereinte Nationen (2015), Pkt. 34.

Dabei geht es aber nicht nur darum, die Lebensqualität für die städtische Bevölkerung zu verbessern, sondern auch die negativen externen Effekte ihres Produzierens und Konsumierens zu reduzieren – sowohl im unmittelbaren Umfeld der Städte als auch auf globaler Ebene.

„Wir werden die negativen Auswirkungen urbaner Aktivitäten und gesundheits- und umweltschädlicher Chemikalien reduzieren, unter anderem durch den umweltgerechten Umgang mit Chemikalien und deren sichere Verwendung, die Abfallreduzierung und -wiederverwertung und die effizientere Nutzung von Wasser und Energie. Wir werden darauf hinarbeiten, die Auswirkungen der Städte auf das globale Klimasystem so gering wie möglich zu halten. Wir werden außerdem den Bevölkerungstrends und -prognosen in unseren nationalen Strategien und Politiken für die ländliche und städtische Entwicklung Rechnung tragen.“⁴

Zusätzlich einigten sich die Regierungen auf ein eigenständiges Nachhaltigkeitsziel (SDG 11), um Städte „inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig“ zu gestalten. Die Zielvorgaben von SDG 11 sehen vor allem vor, zusätzlichen Wohnraum und öffentliche Verkehrssysteme zu schaffen, die Umweltbelastung in und durch Städte zu senken, die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen zu reduzieren und die Stadtplanung inklusiver und partizipatorischer zu gestalten (siehe Kasten).

Daneben spielen Städte und Gemeinden für die Verwirklichung praktisch aller anderen SDGs eine (mehr oder weniger) wichtige Rolle. Das betrifft zum Beispiel SDG 7 („Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern“), SDG 12 („Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“) und SDG 13 („Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen“).

Die Neue Urbane Agenda

Mit der Frage, welche Rolle Städte bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der Bewältigung des Klimawandels spielen können, hat sich auch die Habitat III-Konferenz der Vereinten Nationen (United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development) im Oktober 2016 in Quito befasst. Die Delegierten einigten sich dort auf die *Neue Urbane Agenda* (NUA), ein Rahmenwerk zur besseren Planung und Steuerung nachhaltiger Stadtentwicklung.⁵ Mit der NUA bekennen

4 Ebd.

5 Vgl. Vereinte Nationen (2016).

Ziel 11



Ziel 11

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

- 11.1** Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren
- 11.2** Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen
- 11.3** Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken
- 11.4** Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur- und -naturerbes verstärken
- 11.5** Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschließlich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen
- 11.6** Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität und der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung
- 11.7** Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen
- 11.a** Durch eine verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten unterstützen
- 11.b** Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen und gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015–2030 ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen
- 11.c** Die am wenigsten entwickelten Länder unter anderem durch finanzielle und technische Hilfe beim Bau nachhaltiger und widerstandsfähiger Gebäude unter Nutzung einheimischer Materialien unterstützen

sich die Regierungen dazu, die Handlungsfähigkeit und die finanziellen Möglichkeiten der Städte sowie die Partizipation auf lokaler Ebene zu stärken.

Obwohl die NUA nur eine unverbindliche Vereinbarung ist, können die formulierten Forderungen den Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne des SDG 11 erleichtern. Ein klar definiertes globales Dekarbonisierungsziel für Städte, wie 2015 von der Bundesregierung gefordert, ist darin jedoch nicht enthalten. So wird lediglich auf das 2-Grad Ziel der Pariser Klimakonferenz verwiesen. „Globaler Umwelt- und Klimaschutz taucht lediglich erratisch in der Agenda auf, die somit weit hinter vergleichbaren Abkommen zurückfällt,“ konstatierte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).⁶ Dirk Messner, Vorsitzender des WBGU, kam zu dem Schluss:

„Viele politische Entscheidungsträger haben die Wucht und Bedeutung der globalen Urbanisierung für die Zukunft der menschlichen Zivilisation nicht annähernd erkannt. Die Zahl der Stadtbewohner wird sich bis 2050 von heute 3,5 auf 7 Milliarden Menschen erhöhen. Die Ziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaschutzabkommens werden nicht erreichbar sein, wenn es nicht gelingt die Städte zu zentralen Akteuren der Nachhaltigkeitspolitik zu machen. Habitat III war leider noch nicht der erhoffte Durchbruch auf diesem Problemfeld.“⁷

Agenda 2030 und Kommunen in Deutschland

Auch die Bundesregierung misst den Städten und Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele eine wichtige Rolle bei. Nach ihren Worten sind sie „wesentliche Akteure und treibende Kraft zur Erreichung der Agenda 2030.“⁸

Bereits im Jahr 2015 hat die Bundesregierung einen interministeriellen Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) unter Federführung des Bundesumweltministeriums (BMUB) eingerichtet. Er soll unter aktiver Mitarbeit von Vertretern/innen des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie des Deutschen Landkreistages „eine Informationsbasis schaffen sowie

die Arbeiten der Ressorts bündeln und verknüpfen.“⁹ Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) sowie wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure werden einbezogen. Auf diese Weise soll der bundesweite Austausch von Akteuren der kommunalen Nachhaltigkeitspolitik gefördert und gestärkt werden.

Mittlerweile haben sich in zahlreichen deutschen Städten Initiativen zur Agenda 2030 und den SDGs gebildet. 63 Städte, Kreise und Gemeinden, von Freiburg im Süden bis Kiel im Norden, haben bisher eine Musterresolution des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet (Stand: November 2017).¹⁰

In Nordrhein-Westfalen haben 15 Städte und Kreise beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele auf die kommunale Ebene „herunterzubrechen“ und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. Teilnehmende Kommunen sind Arnberg, Bad Berleburg, Bedburg, Bonn, Dinslaken, Dortmund, Eschweiler, Herdecke, Jüchen, Köln, Münster, Solingen, sowie die Kreise Steinfurt, Unna und Willich.¹¹

Auch in Thüringen haben einige Städte begonnen, kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, die sich explizit auf die Agenda 2030 und ihre Ziele beziehen. Bislang beteiligen sich die Städte Erfurt, Jena, Nordhausen, Saalfeld/Saale, Arnstadt, sowie Schmölln zusammen mit Göbnitz und Bad Köstritz zusammen mit der Gemeinde Crossen.¹²

Aktiv unterstützt werden die Städte und Kommunen dabei vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch die Angebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit ihrem Handlungsfeld „Global Nachhaltige Kommune (GNK). Ziel ist es, Kommunen darin zu befähigen, einen sichtbaren und messbaren Beitrag zur Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene zu leisten.

6 WBGU (2016): Abschluss von Habitat III. Konferenz springt zu kurz (www.wbgu.de/de/presse/presseerklarungen/2016-10-21-presseerklarung/).

7 Ebd.

8 Bundesregierung (2017), S. 46.

9 Bundesregierung (2017), S. 47.

10 Vgl. <https://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>.

11 Vgl. <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune-in-nrw-1478.html>.

12 Vgl. <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune-in-thueringen.html>.

Ein weiterer Akteur bei den Bemühungen, die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene umzusetzen, ist der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) mit seiner Geschäftsstelle in Berlin. Der Rat hat bereits 2010 den Dialog „Nachhaltige Stadt“ ins Leben gerufen, an dem sich inzwischen über 30 Oberbürgermeister/innen beteiligen.¹³

Seit 2016 koordiniert und unterstützt die RNE-Geschäftsstelle auch die Aktivitäten der vier von der Bundesregierung finanzierten Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN).¹⁴ Die RENN verstehen sich als regional organisierte Informations- und Aktions-Plattformen für nachhaltige Entwicklung, die Akteure vernetzen und den Ideen- und Informationsaustausch im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 fördern sollen. Der berechtigten Befürchtung, dadurch Doppelstrukturen zu schaffen, versuchten die Initiatoren zu begegnen, indem die Netzstellen an bestehende Organisationen angedockt wurden: RENN Nord bei der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Hamburg e.V., RENN Süd beim Nachhaltigkeitsbüro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg in Karlsruhe, RENN Mitte beim Verein Zukunftsfähiges Thüringen e.V. in Arnstadt und RENN West bei der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. in Bonn.

Handlungsfelder für kommunale Akteure im SDG-Prozess

Kommunalverwaltungen, Stadträte, Bürgerinitiativen und lokale Gruppen haben vielfältige Möglichkeiten, sich im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 und der SDGs zu engagieren. Grundsätzlich lassen sich dabei sechs allgemeine Handlungsfelder unterscheiden:

1) Information und Bewusstseinsbildung: Die SDGs bekannt machen

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, über die Agenda 2030 und ihre Nachhaltigkeitsziele zu informieren und in der Bevölkerung Bewusstsein dafür zu schaffen, dass diese Agenda für die kommunale Arbeit relevant und nützlich sein kann. Dies kann im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung, einer Broschüre, einer Artikelserie in der örtlichen Presse, o.ä. geschehen.

2) Vernetzung:

Kommunale Nachhaltigkeitsbündnisse schmieden

Eine Stärke der Agenda 2030 besteht in ihrem multidisziplinären Charakter. Die SDGs basieren auf den universellen Menschenrechten und decken sowohl die soziale, ökologische und ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung ab als auch die Bereiche Frieden und internationale Zusammenarbeit. Dadurch bietet sich die Chance zu einer besseren Vernetzung von Gruppen, die in diesen Themenbereichen aktiv sind – auch auf kommunaler Ebene. Dazu zählen neben Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Menschenrechtsorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen.

3) Lobbyarbeit:

Kommunale Perspektive in die nationale SDG-Umsetzung einbringen

Im Laufe der letzten Jahre sind den Städten und Gemeinden immer neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten zugewiesen worden, beispielsweise bei der flächendeckenden Einrichtung von Kita-Plätzen und der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Um nun im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 weitere Aufgaben übernehmen zu können, müssen sie bei Bund und Ländern dafür eintreten, dass die kommunalen Interessen in den Nachhaltigkeitsstrategien und -politiken ausreichend berücksichtigt werden. Mit einer Ausweitung der Aufgaben sollte eine entsprechende Ausweitung der rechtlichen und finanziellen Handlungsspielräume für die Kommunen einhergehen.

4) Schaffung der politischen Grundlage:

Ratsbeschluss und kommunale Nachhaltigkeitsstrategie

Ein erster Schritt zur kommunalpolitischen Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele kann darin bestehen, einen entsprechenden Beschluss im Stadt- oder Gemeinderat zu verabschieden. Als Vorlage kann dafür die Musterresolution des Deutschen Städtetages dienen. Es bei diesem eher symbolischen Akt zu belassen, wäre aber nicht genug. Zahlreiche Städte und Gemeinden gehen bereits wesentlich weiter und haben partizipative Prozesse zur Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie eingeleitet. Dabei müssen sie sich nicht sklavisch an die 17 SDGs und ihre 169 Zielvorgaben halten. Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien können sich einerseits auf prioritäre

13 Vgl. www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/uebersicht/nachhaltige-stadt/.

14 Vgl. www.nachhaltigkeitsrat.de/renn-netzwerk/.

Handlungsfelder konzentrieren, andererseits in ihren Zielsystemen und Fortschrittsindikatoren aber auch über den internationalen Konsens hinausgehen. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist dabei wichtig, dass auch die globale Verantwortung in den kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien und ihren Zielsystemen systematisch berücksichtigt wird.

5) **Umsetzung:**

SDGs „kommunalisieren“, d.h. vor Ort umsetzen

Nach der Ausarbeitung und Verabschiedung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie besteht der entscheidende Schritt darin, sie vor Ort effektiv umzusetzen. Dies wird nur möglich sein, wenn die jeweilige Stadt oder Kommune über die dafür notwendigen personellen Kapazitäten und finanziellen Mittel verfügt. Eine weitere Erfolgsbedingung ist die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Umsetzung.

6) **Monitoring:**

Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien überprüfen

Ein wesentlicher Bestandteil nationaler wie kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien sollte ihre regelmäßige Überprüfung sein. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Strategien entsprechend überprüfbare Zielvorgaben und Fortschrittsindikatoren enthalten. Zudem sollten in das Monitoring zivilgesellschaftliche Gruppen umfassend einbezogen werden.

Die Chance nutzen

Die politische Relevanz der Agenda 2030 in Deutschland wird sich auch darin beweisen, ob zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien von Bund, Ländern und Gemeinden die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund) kommt in ihrem Beitrag zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit Blick auf die Kommunen zu dem Schluss:

„Sie [die Kommunen] können die damit verbundenen Herausforderungen, sei es finanzieller oder personeller Art, nur gemeinsam mit allen weiteren Akteuren in der Politik, der Wirtschaft und der Bürgerschaft bewältigen. Auch wenn in den letzten Jahren viele Förderprogramme des Bundes und der Länder zugunsten der Kommunen auf den Weg gebracht wurden, können diese vielfach die notwendigen Investitionen für eine kontinuierliche

Nachhaltigkeitspolitik nicht alleine schultern. Daher ist eine Unterstützung der kommunalen Nachhaltigkeitsmaßnahmen durch die EU, den Bund und die Länder weiterhin unabdingbar.“¹⁵

Ob dies gelingt, wird auch davon abhängen, in welchem Maße Zivilgesellschaft und Medien die SDGs als Referenzrahmen nutzen, sie in der deutschen Öffentlichkeit bekannt machen und kontinuierlich von der Politik ihre Verwirklichung einfordern – auch auf der kommunalen Ebene.

In jedem Fall bietet der Umsetzungsprozess der Agenda 2030 auch für Städte und Gemeinden die Chance, Diskussionsprozesse zu den Fragen zu fördern, wie Zukunftsfähigkeit und gesellschaftlicher Fortschritt definiert werden sollten, und wie die Prinzipien der Solidarität und der globalen Verantwortung angesichts der Grenzen des globalen Ökosystems in konkretes gesellschaftliches Handeln vor Ort übersetzt werden können.

Derartige gesellschaftliche Diskussionsprozesse sind kein bloßer Nebeneffekt des SDG-Prozesses auf globaler Ebene. Denn gesellschaftliche Veränderungen können nicht „von oben“ durch die Vereinten Nationen verordnet werden. Die Agenda 2030 und die SDGs können lediglich die Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse befördern. Das Engagement lokaler Gruppen und einer informierten Öffentlichkeit bildet die notwendige Erfolgsbedingung dafür, dass die Agenda 2030 dem Anspruch einer Transformationsagenda zumindest in Ansätzen gerecht werden kann.

¹⁵ Bundesregierung (2017), S. 240.

Weiterführende Literatur

Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016. Neuauflage. Berlin.
www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=11

Global Taskforce of Local and Regional Governments/UNDP/UN Habitat (2016): Roadmap for Localizing the SDGs: Implementation and Monitoring at Subnational Level. New York/Nairobi.
<http://localizingthesdgs.org/>

Martens, Jens/Obenland, Wolfgang (2017): Die Agenda 2030. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Vollständig aktualisierte und überarbeitete Neuauflage. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum/terre des hommes.
www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Agenda_2030_online.pdf

UN High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda (2013): A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development. The Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda. New York.
www.post2015hlp.org/wp-content/uploads/2013/05/UN-Report.pdf

Vereinte Nationen (2016): Neue Urbane Agenda. New York (UN Dok. A/RES/71/256).
<http://habitat3.org/wp-content/uploads/NUA-German.pdf>

Vereinte Nationen (2015): Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. New York (UN Dok. A/RES/70/1).
<https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

Websites

Website des Global Policy Forums zur Agenda 2030 (deutsch)
<https://www.2030agenda.de/en>

Website der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global
<https://skew.engagement-global.de>

Website der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie (RENN)
www.nachhaltigkeitsrat.de/renn-netzwerk/

Impressum

Agenda 2030 kommunal

Die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Städten und Gemeinden

Herausgeber

Global Policy Forum Europe e.V.
 Königstraße 37a, 53115 Bonn
 Tel. 0228 9650510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
 Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Mitarbeit: Joel Hesener

Redaktion: Wolfgang Obenland

Layout/Druck: www.kalinski.media

Bonn, November 2017

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „2030.de“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.